

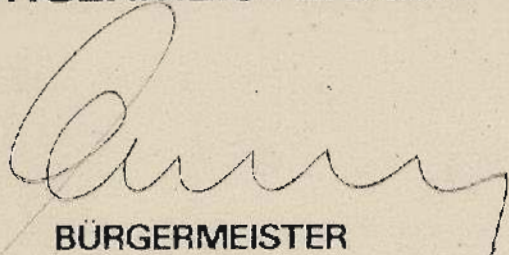
UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN

BEBAUUNGSPLAN

"SCHUL - UND SPORTZENTRUM FEUERHÄGLE MITTLERER BEREICH" (PLANÄNDERUNGSVERFAHREN)

TÜBINGEN, DEN 23.11.1981
BÜRGERMEISTERAMT

I.V.

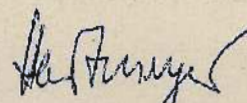

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT



STADTBAUDIREKTOR

TIEFBAUAMT



STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

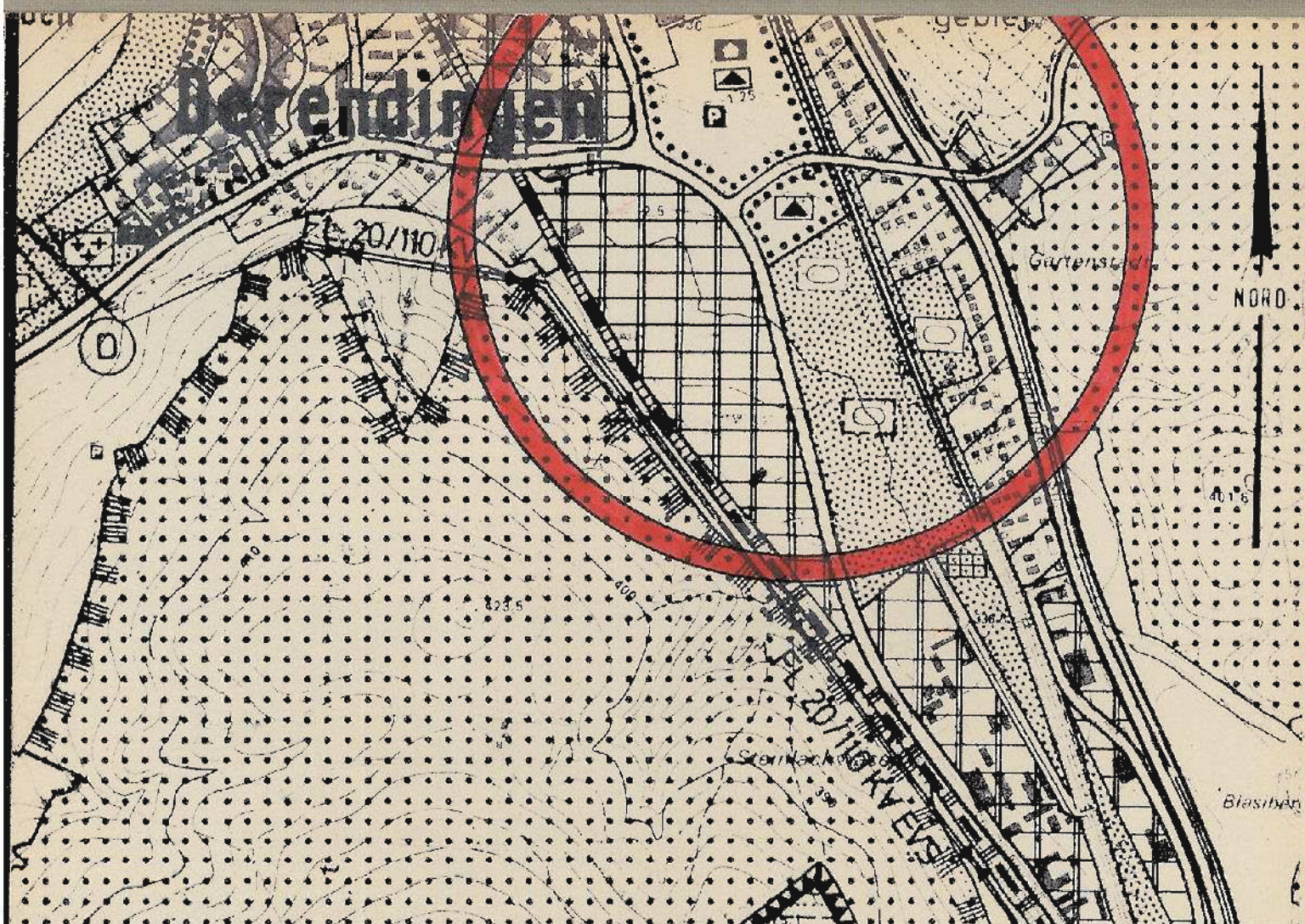
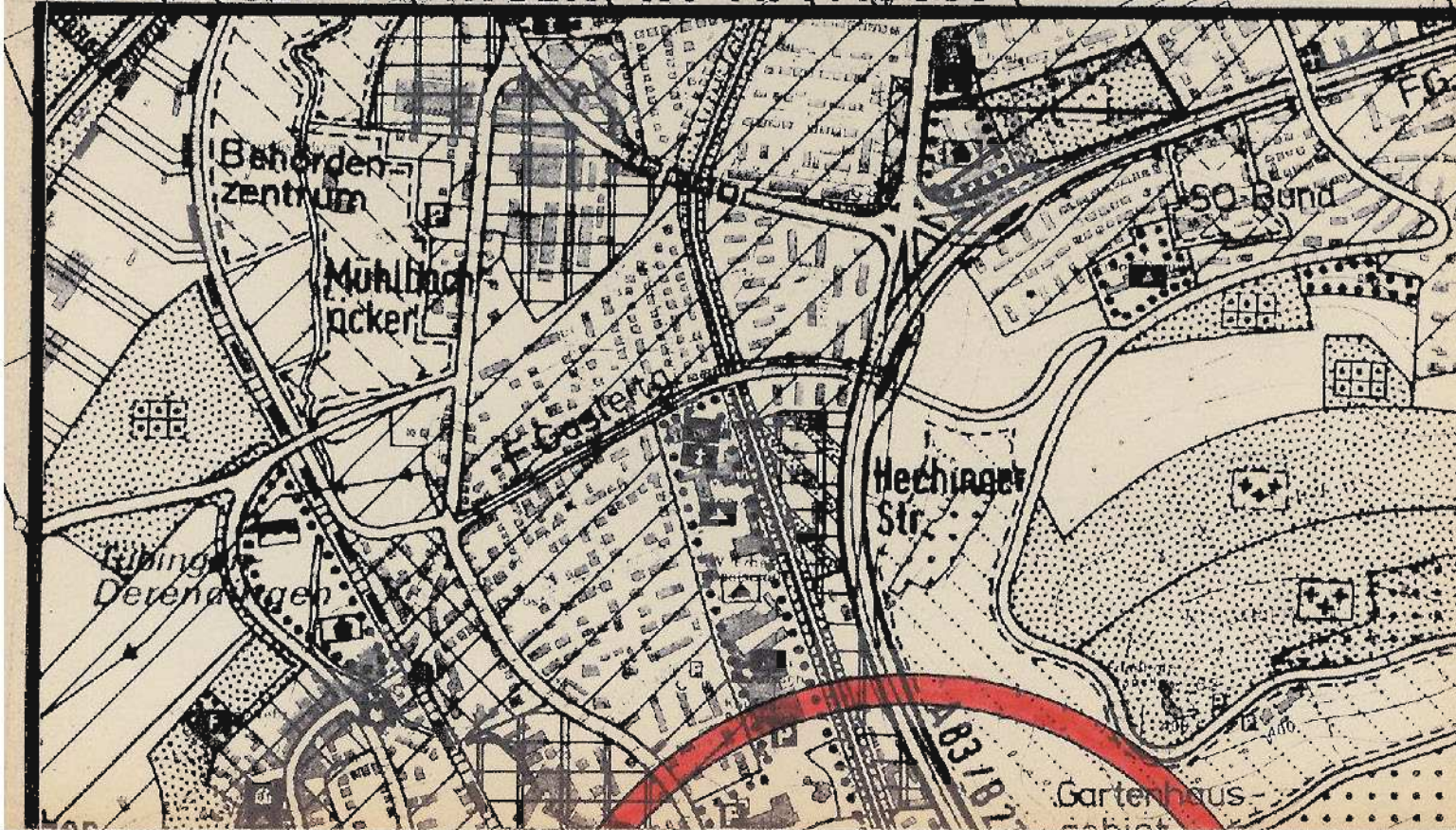


STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

Nr. 377

SACHBEARBEITER : H. GUNZERT

**AUSZUG AUS DEM RECHTSVERBINDLICHEN FLÄCHEN -
NUTZUNGSPLAN DES NACHBARSCHAFTSVERBANDES
REUTLINGEN-TÜBINGEN IM M. 1:10 000**



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

zum Bebauungsplan "Schul- und Sportzentrum Feuerhäggle, mittlerer Bereich"

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

Gemäß § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18.8.1976 (BGBl. I. S. 2256) mit den Änderungen der Beschleunigungsnovelle vom 6.7.1979 (BGBl. I. S. 949) in Verbindung mit den §§ 1 - 27 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.9.1977 (BGBl. I. S. 1763) werden folgende textliche Festsetzungen getroffen:

1. Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 und 5 BBauG)

In den im Plan ausgewiesenen Gemeinbedarfsflächen sind bauliche Nutzungen entsprechend den Planeintragungen zulässig.

Der Eintrag Schule erfaßt folgende Einzelnutzungen: Schul- und Werkstattgebäude sowie Internat einschließlich Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal.

Ausnahmsweise können andere bauliche Anlagen zugelassen werden, soweit sie im funktionalen Zusammenhang mit den festgesetzten Nutzungen stehen und keine höheren Immissionen verursachen.

Die ausgewiesenen Gewerbegebiete werden gem. § 1 Abs. 4 BauNVO so gegliedert, daß hier nur Betriebe und Anlagen zulässig sind, die einen Lärmpegel von 65 dB (A) tags und 45 dB (a) nachts nicht überschreiten.

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG i.V.m. den §§ 16 - 21a BauNVO)
siehe Planeintragungen

3. Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG i.V.m. § 22 BauNVO)

Für den Planbereich werden entsprechend den Planeintragungen folgende Bauweisen festgesetzt:

3.1. "o" : offene Bauweise

3.2. "a" : abweichende Bauweise - offen, jedoch Gebäudelängen und -tiefen bis max. 160 m zulässig.

4. Garagen, Stellplätze

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG i.V.m. den §§ 21a - 23 BauNVO)

In den Gemeinbedarfsflächen sind Stellplätze und Garagen nur in den dafür festgesetzten Flächen sowie innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

5. Öffentliche Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BBauG)

Auf den ausgewiesenen öffentlichen Grünflächen sind nur bauliche Anlagen entsprechend den eingetragenen Zweckbestimmungen zulässig. Dies schließt auch eine Flutlichtanlage ein.

6. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 21 BBauG)

Die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belasteten Flächen werden zugunsten der Allgemeinheit ausgewiesen.

7. Pflanzerhaltungs- und Pflanzgebote

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 25 BBauG)

Zur landschaftsgestalterischen Einbindung der Baukörper werden Pflanzerhaltungs- und Pflanzgebote festgesetzt.

8. Versorgungseinrichtungen

(§ 14 Abs. 2 BauNVO)

Nebenanlagen, die der Versorgung dienen, sind im Planbereich generell zulässig.

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am **14. September 1981** in öffentlicher Sitzung beschlossen und am **19. September 1981** öffentlich be-

kanntgemacht.

2. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2 a Abs.

(1) BBauG erfolgte am **ist**
und in der Zeit vom
bis **entfallen**

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am **14. September 1981** den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.

4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplanentwurf hat mit Begründung gemäß § 2 a Abs. (6) BBauG nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung in der Zeit vom **1. Oktober 1981** bis **2. November 1981** beim Bürgermeisteramt Tübingen öffentlich ausgelegt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen in öffentlicher Sitzung am **14. Dezember 1981** als Satzung beschlossen.

6. GENEHMIGUNG

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BBauG mit Erlaß des Reg.Präs. Tübingen vom **1. März 1982** /Nr. 1011/82 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 12 BBauG am **13. März 1982** ortsüblich bekanntgemacht.
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

GENEHMIGT MIT VERFÜGUNG

VOM 1.3.1982 NR. 1011/82

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

TÜBINGEN, DEN 1.3.1982



E. Baumann

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.